

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888**

27.1.1888 (No. 27)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. Januar.

N<sup>o</sup> 27.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. Januar d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Wallmeister Michael Johann Eckstein bei der Fortifikation Rastatt die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem Groß-Oberbetriebsinspektor Wilhelm Kratt in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern verliehenen Ehrenkreuzes 3. Klasse des Fürstlich Hohenzollern'schen Hausordens zu ertheilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem Bergwerksdirektor Ernst Greif von Mühlheim, 3. Ft. in Puerto de Mazaron in Spanien, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Ihrer Majestät der Königin-Regentin von Spanien verliehenen Kommandeurenkreuzes des königlich spanischen Ordens Isabelas der Katholischen zu ertheilen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 26. Januar.

Die französisch-italienischen Beziehungen haben anlässlich des Florentiner Zwischenfalls in hervorragendem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Symptomatisch für diese Beziehungen ist wohl auch in gewissem Grade die heute vorliegende Nachricht, wonach die französische Regierung die Verhandlungen mit dem römischen Kabinett wegen des Abchlusses eines neuen Handelsvertrages abgebrochen und ihre Bevollmächtigten, Teisserenc de Bort und Marie, von Rom zurückgerufen hat; symptomatisch nämlich insofern, als offenbar die Gereiztheit der französischen öffentlichen Meinung gegen Italien dazu beigetragen hat, den Gang der Verhandlungen zu erschweren. Der Abbruch der Verhandlungen kommt, obgleich man die Schwierigkeiten einer Verständigung nie verkannt hat, doch unerwartet; denn gerade in letzter Zeit sollten nach Zeitungsmittelungen, die jetzt allerdings durch die Thatsachen desavouirt worden sind, die Aussichten auf eine Einigung sich gebessert haben. Die französische Regierung hat, um den Abbruch der Verhandlungen nicht so scharf erscheinen zu lassen, das römische Kabinett davon benachrichtigt, daß sie bis zum Ende des nächsten Monats noch etwaige neue Vorschläge entgegen nehmen werde; aber es muß für zweifelhaft gelten, ob die italienische Regierung in die Lage kommen wird, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen. Die französische Presse hat natürlich bereits entdeckt, daß, wie bei dem Florentiner Zwischenfälle, so auch bei der Weigerung Italiens, auf die französischen Handelsvertragsvorschläge einzugehen, der deutsche Reichskanzler die Hand im Spiele habe. Der „Temps“ schreibt: „Ein Berliner Berichterstatter schreibt uns, daß die deutsche Regierung, welche noch nicht darauf verzichtet habe, einen Zollverein zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien zu Stande zu bringen, viel zu dem Abbruch der französisch-italienischen Verhandlungen beigetragen habe, denn ein bindiger Abschluß des Vertrages zwischen Frankreich und Italien würde dem deutschen Handel nach ihrer Ansicht die Absatzwege verstopfen.“

Das „Journal de St. Pétersbourg“ fährt fort, die friedlichen Absichten der russischen Regierung zu betonen und andersgeartete Auffassungen der russischen Regierungspolitik zu bekämpfen. Das Journal veröffentlicht heute, wie telegraphisch gemeldet wird, einen Artikel, in welchem es Klage darüber führt, daß verschiedene Zeitungen — der „Pester Lloyd“ und die „Times“ werden namentlich aufgeführt — beunruhigende Nachrichten über Rußland verbreiten. Dahin gehörten die Nachrichten über eine Anleihe zu Kriegszwecken, obgleich der Finanzminister Wischnegradski versichert habe, wenn eine Anleihe gemacht werde, so würde dies lediglich zur Herstellung von Eisenbahnliniem geschehen, welche für die Industrie und das Kapital ein Interesse darbieten. Was die Nachricht anlangt, daß ein kaukasisches Armeecorps gegen die österreichische Grenze vorgeschoben werden solle, und ferner die Meldung von dunklen russischen Absichten auf Kleinasien, so sei es unerklärlich, wie Rußland in einem Augenblicke, wo es angeblich eine große Aktion in Kleinasien beginnen wolle, daran denken könne, aus dem Kaukasus die Hälfte der dortigen Truppen herauszuziehen. Es seien dies zwei Behauptungen, welche sich durch ihren

Widerpruch aufheben. Die Nebeneinanderstellung genüge für ihre richtige Würdigung.

Der letzteren Ausführung des „Journal de St. Pétersbourg“ läßt sich allerdings die überzeugende Wirkung nicht abspredien. Wir haben auch schon gestern berichtet, daß nach einer Mittheilung aus Petersburg von der Verlegung des zweiten kaukasischen Armeecorps nach der österreichischen Grenze nicht die Rede sei. Indessen wird der Eindruck dieser friedlichen Erklärungen wieder einigermaßen abgeschwächt durch einen heute gleichfalls veröffentlichten Tagesbefehl des Kriegsministers Wannowski, der die bessere Vorbereitung für einen Mobilisirungsfall und eine größere Feldtätigkeit der Reservetruppen zum ausgesprochenen Zwecke hat. Es wird darüber aus Petersburg gemeldet:

Ein Tagesbefehl des Kriegsministers bestimmt, daß die im April vorigen Jahres beschlossene Zuteilung eines Generalstabsoffiziers zu sämtlichen Lokalbrigadenverwaltungen, ausgenommen zu denjenigen der 2., 7. und 21. Lokalbrigade, gegenwärtig auszuführen ist, nachdem ein vom Kaiser am 21. Dezember 1887 sanktionirter Reichsrathsbeschluß die Mittel hierzu bewilligt hat. Der Verwaltung der 9. Lokalbrigade sind überdies zwei Generalstabsoffiziere zuzutheilen. Der Tagesbefehl gibt auch die Aufgabe jener Offiziere bekannt, nämlich das Material zur Vorbereitung einer Mobilisirung auszuarbeiten und taktische Uebungen der Reservebataillone zu leiten.

## Deutschland.

\* Berlin, 25. Jan. Im Laufe des heutigen Vormittags hörte Seine Majestät der Kaiser zunächst die Vorträge des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Pevoncher und des Oberstallmeisters v. Raach und arbeitete dann Mittags längere Zeit mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath v. Wilmonski. Morgen am Donnerstag findet bei den kaiserlichen Majestäten eine größere Soiré statt, zu welcher über 370 Einladungen ergangen sind. Am Freitag Mittag gedenkt Seine Majestät sich diejenigen Kadetten vorstellen zu lassen, welche nach beendeten Examen in diesem Frühjahr in die Armee eintreten.

Der Jahrestag der Vermählung Ihrer kaiserlichen Hoheiten des Deutschen Kronprinzen und der Kronprinzessin ist heute in San Remo unter lebhafter Beteiligung der deutschen Kolonie, der anderen Fremden sowie der eingeborenen Bevölkerung feierlich begangen worden. Die öffentlichen Gebäude, die Konsulate und viele Privathäuser waren besetzt. Der Syndikus überbrachte dem Kronprinzenpaare die Glückwünsche der Stadtbehörden, der deutsche Vizekonsul Schneider diejenigen der deutschen Kolonie. Zahlreiche kostbare Blumenpenden wurden in der Villa Jirio abgegeben. Im Laufe des Vormittags begab sich Ihre kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin mit den Prinzessinnen-Töchtern zur Eröffnung des unter ihrem Protektorate veranstalteten Bazars für Stadtarne. Seitens der englischen Kolonie wurden der Kronprinzessin herrliche Blumensträuße überreicht. Die Kronprinzessin verweilte einige Zeit im Bazar und machte mehrere Einkäufe. Abends fand vor der Villa Jirio ein prächtiges, von der deutschen Kolonie veranstaltetes Feuerwerk statt. Außerdem hatten viele Gebäude, namentlich die größeren Hotels, glänzend illuminiert. Der zum Gebrauch des Kronprinzen stehende Avisoampfer „Barbarigo“ war prächtig erleuchtet. Vor der Villa Jirio besand sich ein zahlreiches Publikum, welches dem Kronprinzenpaar unausgesetzt enthusiastische Ovationen darbrachte.

Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat der königlichen Akademie der Künste auf die zum Jahreswechsel überandte Glückwunschsadresse folgendes Antwortschreiben aus San Remo zugehen lassen:

Die Vertreter der Akademie haben mir mit freundlichen Worten, in künstlerisch sinnig ausgestatteter Form, ihre wohlgemeinten Glückwünsche zum Jahreswechsel dargebracht, für welche ich meinen aufrichtigen, warm empfundenen Dank ausspreche. In einem Lande, welches der Künsterkunst so viele schaffende Anregung bietet und in welchem die Wechselwirkungen zwischen der Kunst und ihren Jüngern so fruchtbringend und belebend sind, erwacht mir aus diesem Bewußtsein ein geistiges Band, welches mich eng mit der Heimath verbindet. Ich erhoffe mit lebhafter Zuversicht den Zeitpunkt, da es mir vergönnt sein wird, in wiedererlangter Gesundheit mich ihrer künstlerischen Thätigkeit in ihrer Mitte zu erfreuen. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Der Bundesrath hält morgen eine Plenarsitzung ab, auf deren Tagesordnung u. a. die Ergänzung zum Reichshaushaltsetat 1888/89, der am 21. Juli 1887 mit Paraguay abgeschlossene Meistbegünstigungsvertrag, die Vorlage betreffend den Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichs-

heeres und der gestern erwähnte Antrag Albedts und die Neubestimmung der Tarafsätze für Cigaretten stehen.

Der „Reichsanzeiger“ meldet, daß Seine Majestät der Kaiser den zum Bischof von Fulda gewählten und durch päpstliches Breve vom 7. Dezember v. J. als Bischof bestätigten Dekan Josef Weyland mittelst Urkunde vom 12. Januar die nachgesuchte landesherrliche Anerkennung ertheilt hat. Die Urkunde ist am 24. ds. dem neuen Bischof durch den Oberpräsidenten von Hessen-Nassau ausgehändigt worden, nachdem derselbe den in der Verordnung vom 13. Februar 1887 vorgeschriebenen Eid geleistet hatte.

General der Infanterie z. D. v. Borde ist vorgestern in Potsdam im 84. Lebensjahre gestorben. Die „N. Pr. Ztg.“ macht über den Lebensgang des verdienten Offiziers nachstehende Angaben:

Christian Ludwig Friedrich v. Borde, am 9. November 1804 zu Bahn in Pommern geboren, trat im Oktober 1822 aus dem Kadettencorps als Vortruppführer im damaligen 2. Infanterieregiment ein, wurde 1840 unter Beförderung zum Hauptmann in den großen Generalstab versetzt, am 22. März 1853 zum Obersten befördert und zum Kommandeur des damaligen 18. Infanterieregiments, 1857 zum Kommandeur der 1. Infanteriebrigade ernannt, am 15. Oktober 1857 zum Generalmajor befördert, 1861 zum Kommandanten von Danzig ernannt, am 29. Januar 1863 zum Generalleutnant befördert und 1868 zum Gouverneur von Danzig ernannt, nachdem er kurz zuvor den Charakter als General der Infanterie erhalten hatte. Am 9. Juli 1870 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches und unter Verleihung des Kronenordens 1. Klasse mit dem Emaillirband zur Disposition gestellt, wurde General v. Borde bald darauf zum stellvertretenden kommandirenden General des 1. Armeecorps und stellvertretenden Gouverneur von Königsberg ernannt, von welchen Stellen er im Juli 1871 unter Verleihung des Großthurnkreuzes des königlichen Hausordens von Hohenzollern entbunden wurde.

Alljährlich im Sommer finden Ablösungen der Mannschaften statt, welche sich auf den im Auslande stationirenden Schiffen der kaiserlichen Marine befinden. Für dieses Jahr ist über die Ablösungen Folgendes bestimmt. Es gehen in die Heimath zurück: Von der Marinestation der Nordsee: die ganze Besatzung S. M. Kreuzerfregatte „Sophie“, die halbe Besatzung S. M. Kanonenboot „Wolf“ und die halbe Besatzung S. M. Aviso „Doreley“. Von der Marinestation der Ostsee: ein Besatzungsteil von 76 Köpfen S. M. Kreuzerfregatte „Carola“, die volle Besatzung S. M. Kreuzer „Möwe“, die halbe Besatzung S. M. Kreuzer „Alder“. Es wird dem Vernehmen nach beabsichtigt, die sämtlichen Ablösungsmannschaften im Mai d. J. aus den heimischen Häfen in's Ausland abgehen zu lassen.

Dresden, 25. Jan. Die Zweite Kammer des Landtags genehmigte in der Schlussberatung den Ankauf der auf sächsischem Gebiete gelegenen Strecke der Berlin-Dresdener Eisenbahn und den Bau einer Verbindungskurve zwischen der Haltestelle Rannsdorf und Bahnhof Coswig. Der Kaufpreis der genannten Bahnstrecke beträgt 13 Millionen Mark und die Kosten für Herstellung der Verbindungskurve 265 000 M.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Jan. Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine erste Sitzung ab. Der Abgeordnete v. Schönerer interpellirte den Unterrichtsminister Dr. Gautsch wegen der Bestrafung der Studenten, die gegen Professor Tomaszczuk aus Anlaß seiner im Reichsrath gehaltenen Rede demonstriert hatten. Minister Gautsch wies die Berechtigung der getroffenen Maßnahmen nach und erklärte, er werde die akademische Freiheit schützen, aber allen Ausschreitungen der Studirenden, besonders auf politischem Gebiete, nachdrücklichst und strengstens entgegenzutreten. Fürst Lichtenstein und dreißig Genossen brachten einen Volksschulgesetzentwurf für die Reichsländer ausschließlich Galiziens ein. Dem Antrage Lichtenstein gemäß soll der Elementarunterricht auf sechs Jahre herabgesetzt werden, an den sich später ein Fortbildungsunterricht anschließen könnte. Der Religionsunterricht wird zur Aufgabe der Kirche erklärt, welche außerdem eine Aufsicht über die ganze Schule ausübt. Jeder Lehrer muß dem Glaubensbekenntniß der Schüler angehören und behufs des Religionsunterrichts auch die kirchliche Sendung (missio canonica) erlangen. Die Regelung des Volksschulwesens wird in allem übrigen der Landesgesetzgebung überlassen, namentlich bezüglich der Schulaufsicht und der Bestimmungen über Schulvereinschulen. Für Galizien soll dieses Gesetz nicht gültig sein. Die Linke erklärt den Antrag für eine Verfassungsverletzung. Die Abgeordneten Türki und Genossen beantragen, die Regierung aufzufordern, mit der deutschen Regierung Unterhandlungen wegen einer Zollunion einzuleiten; der Antrag wurde dem Volkswirtschaftsausschusse zugewiesen.

**Belgien.**

Brüssel, 25. Jan. Der deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Brandenburg, dessen Rücktritt in den Ruhestand bereits gemeldet wurde, hat vorgestern Vormittag auf Schloß Laeken dem König sein Abberufungsschreiben überreicht. Graf Brandenburg ist von Seiner Majestät dem Kaiser durch Verleihung des Rothem Adler-Ordens 1. Klasse mit Eichenlaub und mit dem Emaillebande des Kronenordens für seine langjährigen Verdienste ausgezeichnet worden. — Der Sekretär des englischen Handelsamtes, Baron de Worms, weist, wie schon erwähnt, seit einigen Tagen in Brüssel, um die von Belgien auf der Zuckerkonferenz erhobenen Bedenken zu beseitigen. Er besuchte heute eine große Zuckerraffinerie in der Nähe von Brüssel. Den „Times“ wird aus Brüssel berichtet, daß Belgien sich einer Abschaffung der Prämien auf die Zuckerausfuhr nicht widersetzen würde, wenn Kantelen gegen Unterschleife eingeführt werden.

**Frankreich.**

Paris, 25. Jan. Dem neuesten Zwischenfall an der deutschen Grenze wird schon heute keine Bedeutung mehr zugeschrieben; selbst die Lokalpresse von Nancy hat sich beruhigt, was viel sagen will, da erfahrungsgemäß die französischen Journalisten der Grenzdepartements aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen pflegen. Der „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen“ geht aus Diebenhofen ein Bericht zu, demzufolge die von der „Agence Havas“ gebrachte Meldung über eine angebliche Grenzverletzung in allen wesentlichen Punkten unrichtig ist. Jagdhüter Barbarot von Audun-le-Roman war, zur Jagd gerufen, auf deutsches Gebiet übergetreten; auf deutschem Gebiete ist ihm nach heftiger Gegenwehr das Gewehr abgenommen worden; Barbarot entzog sich der Verhaftung durch Flucht. Eine Lockung auf deutsches Gebiet hat in keiner Weise stattgefunden. (Damit stimmt die im vorigen Blatte enthaltene Korrespondenz unseres Straßburger SS-Berichterstatters überein.) Die heutigen Zeitungen enthalten folgende Mittheilung über den Vorgang: Der Präfekt von Nancy hat an den Minister des Innern Bericht über den Zwischenfall von Trieuq erstattet. Er entwickelt, daß nach den von ihm aufgenommenen Thatsachen keine Grenzverletzung stattgefunden habe. Der nächstbetheiligte habe keine Klage erhoben; eine diplomatische Beschwerde sei nach seiner Ansicht nicht nöthig. — Die Deputirtenkammer nahm heute nach langer Verhandlung den Gesetzentwurf der Regierung über die Abzugskanäle der Stadt Paris mit 297 gegen 223 Stimmen an. — In der Zollkommission der Deputirtenkammer sprach sich der Ackerbauminister für die endgiltige Beibehaltung der im vorigen Jahre vorübergehend auf den ausländischen Spiritus gelegten Zuschlagsteuer von 40 Fr. aus.

**Italien.**

Rom, 25. Jan. Ein päpstliches Breve fordert sämtliche katholische Bischöfe auf, für die Custodie der Franziskaner im heiligen Lande am Charfreitag Sammlungen zu veranstalten. — Der neuernannte Custos Caselmadama reist heute nach Jerusalem ab. — Die Handelsvertragsunterhandlungen zwischen Frankreich und Italien sind abgebrochen, da namentlich über die Viehzölle keine Einigung zu Stande kommen konnte.

**Großbritannien.**

London, 25. Jan. Es ist schon neulich darauf hingewiesen worden, daß die Hoffnung der englischen Oppositionsparteien, es werde zwischen den Konservativen und den liberalen Unionisten zu Streitigkeiten und in Folge derselben zu einem Bruche kommen, unter den gegenwärtigen Umständen durchaus keine Aussicht auf Erfüllung hat. Der Schatzkanzler Goschen, der bekanntlich das liberale Element in dem Ministerium Salisbury vertritt, hat die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden gouvernementalen Parteien sehr entschieden zurückgewiesen. Goschen hielt vorgestern in Hastings eine Rede, worin er u. a. erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, die bevorstehende Parlamentssession wenn möglich zu einer normalen zu machen. Er stellte in Abrede, daß innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten entstanden seien oder daß Lord Hartington einen Druck auf die Regierung ausgeübt habe, um eine Abänderung des Entwurfs für die Reform der Lokalverwaltung im Sinne der liberalen Unionisten zu erzwingen. Das betreffende Gerücht sei von A bis Z erfunden; es habe wohl niemals vorher ein einigeres Kabinet gegeben als das gegenwärtige.

**Schweden und Norwegen.**

Stockholm, 25. Jan. Die Blätter melden, daß Seine Majestät der König sechs leitende Persönlichkeiten der Schutzpartei des Reichstages berufen und erklärt habe, er beabsichtige, den Erzbischof Sandberg mit der Bildung eines schützöllnerischen Ministeriums zu beauftragen.

**Rußland.**

St. Petersburg, 25. Jan. Graf Schuwaloff, der Botschafter in Berlin, kehrt in dieser Woche auf seinen Posten zurück. — Der frühere Lieutenant in der bulgarischen Armee Kischelsky wurde als Lieutenant in die russische Armee eingestellt.

**Rumänien.**

Bukarest, 24. Jan. Das Kriegsministerium hat, der „Deutschen Z.“ zufolge, mit dem Hause Rubini einen Vertrag auf Lieferung von 100 000 Repetirgewehren abgeschlossen und für die Ablieferung einen kurzen Termin festgesetzt.

**Ägypten.**

Kairo, 24. Jan. Der Ministerrath genehmigte die von Mr. Marriott vorgeschlagene Regelung der An-

sprüche Ismail Pascha's und der übrigen ägyptischen Prinzen. Nach diesem Abkommen behält der Ex-Rhedive die Paläste in Konstantinopel, Ghazireh und Kasrel-Mi; er erhält ferner Domänenländereien im Werthe von 1 210 000 L., festgestellt nach der offiziellen Abschätzung, und 100 000 L. in baar für die Ernte auf den abgetretenen Ländereien, wogegen der Ex-Rhedive auf die jetzige Civilliste für sich und seine Erben im Betrage von 86 000 L. jährlich verzichtet. Hussein Pascha hat im Namen seines Vaters Ismail den Verzicht auf alle Ansprüche desselben unterzeichnet und noch heute Abend hat das Dokument die Unterschriften des Rhedive und seiner Minister erhalten.

**Badischer Landtag.**

\* Karlsruhe, 26. Jan. 19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Turban und die Ministerialräthe Hebling und Seubert.

Durch das Sekretariat kommen als neue Einläufe zur Verlesung:

1. Die Bitte des Tagelöhner Heinrich Schmeißer von Stein, Entschädigungsforderung an den Großh. Fiskus, übergeben von dem Abg. Kögler.

2. Bitte der Vorstände der Gemeinden des badischen Heubergs um Gewährung eines weiteren Beitrages zur Wasserversorgung, übergeben von dem Abg. Roder.

3. Darstellung und Bitte der Hauptstadt Freiburg, die Frage der Eisenbahn von Neustadt nach Donaueschingen betr., übergeben von dem Abg. Pfister.

4. Bitte einer Reihe von Gemeinden, die Erbauung einer schmalspurigen Sekundärbahn am westlichen Kaiserstuhl betr., übergeben von dem Abg. Kübler.

Der Präsident gibt hierauf dem Hohen Hause Kenntniß von einem Schreiben des Präsidenten der Hohen Ersten Kammer, wonach die Rechnungsergebnisse des Großh. Finanzministeriums für 1884/85 für unbeanstandet erklärt und den Gesetzentwurf, die Ausfertigung gerichtlicher Erbbescheinigungen betr., mit einigen Abänderungen angenommen hat. Des Weiteren theilt der Präsident mit, daß der Präsident des Großh. Finanzministeriums wegen andauernden Unwohlseins heute nicht erscheinen könne und daß deshalb die Verathung des Budgets des Finanzministeriums von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden müsse.

Hierauf berichtet Abg. Kraaz über die Rechnungs-nachweisungen der Badanstalten für die Jahre 1884/85 und beantragt, das Hohe Haus wolle die Gesamteinnahmen pro 1884/85 mit 554 139 M. 94 Pf. und die Gesamtausgaben für die gleiche Zeit mit 503 752 M. 76 Pf. für unbeanstandet erklären. Dies geschieht ohne Diskussion.

Es folgt die Verathung des ebenfalls von dem Abg. Kraaz schriftlich verfaßten Berichts der Budgetkommission über das Budget der Badanstalten für die Jahre 1888/89.

Nach diesem werden angefordert jährlich 275 025 M. gegenüber dem seitherigen Budgetsatz mit jährlich 265 700 „

mehr 9 325 M. gesehenen Mehreinnahme von 32 435 M. und einer angenommenen Mindereinnahme von 23 110 „

Die Mindereinnahme besteht fast ausschließlich in dem Ausfall an Zinsenerträgen, welcher zu 23 000 M. angenommen und zurückzuführen ist darauf, daß größere Kapitalien nach erfolgter Kündigung anderweit, und zwar zu einem geringeren Zinsfuß untergebracht werden mußten und auch die Zinsen für diejenigen Kapitalbeträge in Abzug gebracht worden sind, welche im Lauf der Budgetperiode voraussichtlich für Anforderungen des außerordentlichen Etats zur Verwendung gelangen werden. Die Mehreinnahme fällt zum größten Theil (mit 23 310 Mark) auf § 3, Ertrag des Friedrichs-Bades, dessen bisheriger Budgetsatz nur 85 000 M. statt jetziger 108 310 Mark betrug.

Die Kommission beantragt, die Einnahme in Höhe von 275 025 M. jährlich zu bewilligen.

Abg. Günner: Seit der Errichtung und Inbetriebsetzung des Friedrichs-Bades, welches bereits einen weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Ruf erlangt, sei ein Budget für die Badanstaltenverwaltung von gleicher Bedeutung wie das heutige nicht in Vorlage gekommen; neben der entschiedenen Befriedigung, mit welcher die Stadtverwaltung die Vethätigung des Interesses durch die Großh. Regierung an dem Badeunternehmen wahrgenommen habe, seien doch auch Bedenken laut geworden, namentlich darüber, daß der Badfond in so bedeutender Weise durch die im außerordentlichen Etat vorgesehenen Ausgaben in Anspruch genommen werden solle; diese Bedenken kämen nicht verspätet, denn wenn auch schon auf dem vorigen Landtag die Frage der Erbauung eines Frauen- und eines Armenbades im Prinzip entschieden worden sei, so seien doch die hierfür erforderlichen Mittel aus Grund der inzwischen ausgearbeiteten Pläne und Vorschläge ganz außerordentlich erhöht worden, so daß jetzt die Entnahme von nicht weniger als 1 131 400 M. aus dem Badfond in Frage stehe, von welcher Summe 730 000 M. auf das Frauenbad entfielen; über die Bedenken, welche solchen Zahlen gegenüber sich erheben, sei nur dann hinwegzukommen, wenn man mit Sicherheit darauf rechnen könne, daß, wie bei dem Friedrichs-Bad so auch bei dem Frauenbad j. Zt. erhebliche Betriebsüberschüsse erzielt würden; denn aus dem Badfond

sei ja nicht nur das Badunternehmen allein, sondern auch noch zahlreiche andere Anstalten und Einrichtungen, wie das Kurhaus u. s. w. zu erhalten, bezüglich deren auch in Zukunft genügende Mittel vorhanden sein müßten, da bei der unigen Wechselwirkung, welche zwischen den Leistungen des Kurkomite's und der Frequenz des Bades bestehe, die letztere alsbald erheblich abnehmen würde, wenn in den Darbietungen des Kurkomite's wegen geringerer Mittel ein Nachlaß einträte. Die gerechtfertigten Bedenken, die in dieser Beziehung beständen, seien indeß durch die beruhigenden Zusicherungen der Großh. Regierung im Wesentlichen beseitigt worden. — Auch die Frage wegen Beschaffung des Thermalwassers für die neuen Anstalten habe zunächst Schwierigkeiten hervorgerufen; der Bedarf an Thermalwasser sei ein so groß, daß zu seiner Befriedigung eigentlich die Gesamtmenge des der Stadt zustehenden Thermalwasserbezuges erforderlich gewesen wäre; hierzu habe sich die Stadt aber nicht entschließen können und sei ihr denn endlich eine Vereinbarung mit der Regierung gelungen, wonach ihr 12 cbm Thermalwasser per Tag gesichert bleiben zur Speisung der öffentlichen Brunnen, welche auch schon bisher Thermalwasser zum Trinken und zur Bereitung von Bädern unentgeltlich und zum allgemeinen Gebrauch lieferten. Auch bezüglich der Darbietung von kaltem Wasser werde die Stadtverwaltung bedeutende Opfer bringen müssen, indem sie auf Verlangen der Großh. Regierung in unwiderruflicher Weise die Lieferung von täglich 250 cbm Wasser aus der städtischen Leitung an die Badanstalten zusagen solle. Diese 250 cbm seien aber der achte Theil der Gesamtwassermenge der städtischen Leitung und daher die Stadt vielleicht schon bald genöthigt, an eine Vergrößerung der Leitung heranzutreten; da diese aber, ganz abgesehen von den finanziellen Opfern, auch auf technische unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen könne, so sei zu hoffen, daß die Großh. Regierung den von der Stadtverwaltung gewünschten Vorbehalt, es solle durch die Abgabe von Wasser an die Badanstalten die der Stadt verbleibende Wassermenge nicht unter 70 Liter per Tag und Kopf der Bevölkerung herabgemindert werden, ihre Zustimmung nicht verjagen werde.

Staatsminister Dr. Turban: Wenn der Herr Vertreter der Stadt Baden seine Ausführungen mit dem Ausdruck seiner Befriedigung darüber begonnen und geschlossen habe, daß die Großh. Regierung sich zu so bedeutenden Aufwendungen für die Erhaltung und Vergrößerung der Kuranstalten in Baden bereit gefunden, so könne auch Redner sich nicht verjagen, seine Befriedigung auszusprechen über die Unterstützung und das Entgegenkommen, welche die Großh. Regierung in ihren hierauf gerichteten Verhandlungen bei den städtischen Behörden Badens gefunden habe; in diesen sei der Stadt lediglich das unbedingt Erforderliche an Opfern zugemuthet und auch der Badfonds nicht mehr als mit seinen übrigen Zweckbestimmungen verträglich in Anspruch genommen worden, da es auch der Großh. Regierung ein Anliegen sei, daß die Stadtverwaltung in dem nicht gehehmt werde, was sie im Interesse der Stadt und des Badepublikums unternimmt, um den Aufenthalt in der Bäderstadt zu einem angenehmen und anziehenden zu machen. Die Großh. Regierung habe auf Bedenken, die ihr in dieser Richtung geäußert worden seien, befriedigende Antwort ertheilen können und Redner spreche hier nochmals aus, es werde, trotz der erheblichen, nimmehr beabsichtigten Kapitalaufwendungen auch fortan möglich sein, der Stadtverwaltung aus dem Badfond diejenigen Beträge zuzuwenden, welcher sie zur Erfüllung der dem Kurort obliegenden Aufgaben bedürfe und welche ihr nach einem früher getroffenen Abkommen zugesichert sind. Auch darüber müsse Redner seine Genugthuung aussprechen, daß es gelungen sei, die überaus wichtige Frage der Beschaffung des erhöhten Bedarfs an Thermalwasser in den hierüber mit der Stadtverwaltung geführten Verhandlungen in einer Weise zu lösen, welche den beiderseitigen Interessen der Beteiligenden gerecht werde; dieser glückliche Erfolg hinsichtlich der Thermalwasserfrage lasse Redner hoffen, daß auch die Verhandlungen wegen Lieferung des erforderlichen kalten Wassers aus der städtischen Leitung, welche j. Zt. wegen einiger technischen Schwierigkeiten noch nicht ganz abgeschlossen seien, zu einem allseits befriedigenden Ergebnis führen werden.

Abg. Kraaz erwidert dem Abg. Günner, daß die Kommission nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Punkte die Ueberzeugung gewonnen habe, es würden auch nach Entnahme der jetzt angeforderten Summen aus dem Badfond der Badverwaltung aus diesem und den Ueberbüchsen immer noch genügend Mittel für die Erfüllung ihrer anderweitigen Aufgabe zu Gebote stehen.

Es werden hierauf die Einnahmen der Badanstaltenverwaltung dem Kommissionsantrag entsprechend genehmigt; ebenso, ohne Diskussion, die Ausgaben im ordentlichen Etat mit jährlich 261 101 M. Bezüglich der Ausgaben im außerordentlichen Etat, welche in der Vorperiode 275 000 M. betragen und als Kreditreste noch fast vollständig vorhanden sind, geht der Kommissionsantrag auf Bewilligung der angeforderten 326 400 M. — nämlich 221 000 M. für den Neubau eines Landesbades (§ 1), 100 000 M. für den Neubau eines Frauenbades (§ 2), 5 400 M. für den Anlauf der Wasserberechtigung des Bezirkspitals in Baden (§ 3).

Abg. Friderich spricht zu § 1 seine Befriedigung darüber aus, daß die Großh. Regierung, als sich die Unzulänglichkeit der im Nachtragsetat 1886/87 bewilligten 175 000 M. für den Neubau eines Landesbades herausgestellt, davon abgesehen habe, mit dem Bau zu beginnen, und statt dessen durchaus im Sinne des Etatsgesetzes zu einer erneuten Prüfung der Sache geschritten sei; auch die Kommission habe in eingehender Weise die Pläne und

Berechnungen geprüft, die Ausführungen der Techniker gehört und auf Grund hievon geglaubt, die Bewilligung der Position dem Hause empfehlen zu sollen, zumal da das Bedürfnis nach einer vermehrten Aufnahme armer und unbemittelter Kranken in das Bad allseitig anerkannt werde und — was die Höhe der Kosten anlangt — seitens der Großh. Regierung und der Techniker die bestimmte Zusage abgegeben worden sei, eine Ueberschreitung des Etats werde unter keinen Umständen vorkommen.

Abg. Frech spricht seine Befriedigung darüber aus, daß mit der Aenderung des Namens „Armenbad“ in „Landesbad“ die Anstalt eine nur zu begriffende Erweiterung ihrer Zweckbestimmung erfahre, daß in Zukunft auch Unbemittelte, welchen der Aufenthalt in der Bäderstadt sonst zu theuer sein würde, durch die auch ihnen ermöglichte Aufnahme in das Landesbad der Wohlthat theilhaftig würden, in den Heilquellen Badens die verlorene Gesundheit wieder zu erlangen.

Da zu § 3 Niemand das Wort ergreift, wird nunmehr das gesammte Budget der Badaufsichtverwaltung in Einnahmen und Ausgaben einstimmig genehmigt.

Es folgt nunmehr die Berathung des von dem Abg. Weber schriftlich erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Spezialbudget der Großh. Oberrechnungskammer, dessen unveränderte Genehmigung mit 90 554 M. jährlichen Ausgaben und 140 M. jährlichen Einnahmen beantragt wird.

Der Berichterstatter hält die Bezeichnung von 1 000 M. in § 2a, Beschlüssen des Kanzleipersonals, als „künftig wegfallend“, für nicht richtig, da seit der Reorganisation der Oberrechnungskammer zwei Kanzleibeamte mit den Bezügen eines Revisionsvorstandes vorgesehen seien.

Abg. Friderich: Die 1 000 M. seien mit Recht als künftig wegfallend bezeichnet, nur freilich aus einem andern Grunde als in dem Kommissionsberichte angegeben, nämlich aus dem in den Erläuterungen des Budgets angeführten, daß für dem Dienstalter entsprechende Besoldungsbesserungen, „vorübergehend“, also künftig wegfallend, 1 300 M. bezw. durch eine wegen Neubesezung der Stelle eines Revisionsbeamten ermöglichte Ermäßigung von 300 M. nur 1 000 M. erforderlich seien.

Das Spezialbudget der Oberrechnungskammer wird hierauf in Ausgaben und Einnahmen dem Kommissionsantrag entsprechend genehmigt. Schluß der Sitzung nach 10 Uhr.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die in Nr. 26 der „Karlsruher Zeitung“ enthaltene letzte Erklärung des Herrn Vorstandes des Landesvereins für Arbeiterkolonien im Großherzogthum Baden gegen meine in der vorhergehenden Nummer der Zeitung gegebene ziffermäßige Darstellung ändert an meiner Berechnung, nach welcher das Defizit im Voranschlag für 1888 unter Zuschlag des bisher und auch jetzt bewilligten Staatszuschusses von 5 000 M. für zwei Jahre 1 450 Mark beträgt, nichts.

Meine Zahlen sind und bleiben die richtigen, weil auf das mir zur Verfügung von dem Herrn Vorstand gestellte Material gegründet.

Karlsruhe, den 26. Januar 1888. Friderich, Abgeordneter.

Karlsruhe, 26. Jan. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 28. Januar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums für 1888 und 1889 — Ausgabe — Tit. I Ministerium, Tit. II Generalstaatskasse, Tit. III Baubehörden, Tit. IV Aufwand auf Centralstaatsgebäude, Tit. XIII Allgemeiner Remunerationsfond, Tit. XIV Verschiedene und zufällige Ausgaben, Berichterstatter: Abg. Hennig. 3. Desgleichen desselben Ministeriums: Ausgabe, Tit. IX Münzverwaltung, Tit. X Allgemeine Kassenverwaltung, Tit. XI Schuldentilgung, Tit. XII Pensionen; Einnahme, Tit. V Münzverwaltung, Tit. VI Allgemeine Kassenverwaltung, Berichterstatter: Abg. Pfister. 4. Berathung von Petitionsberichten der Straßen- und Eisenbahnkommission, und zwar I. Bitte der Firmen Schnabel und Hennig u. Gen. — Nachsal um Erstellung eines eisernen Uebergangstegs zum dortigen Bahnhof, Berichterstatter: Abg. Müller v. W. II. Bericht über die a) Bitte der Gemeinden Hügelheim, Zienken und Junzingen um Ausdehnung des Lokalfahrtverkehrs von Krozingen bis Mühlheim mit Haltestelle in Hügelheim; b) Bitte der Gemeinde Thunsel im Anschluß der Gemeinden Ballrechten, Brengarten mit Weinstetten, Feldkirch, Gallenweiler und Wettelbrunn in demselben Betreff mit der Bitte um Haltestelle in Thunsel; c) Bitte der Gemeinde Eschbach um Haltestelle für den Lokalzug Freiburg-Mühlheim in Eschbach, Berichterstatter: Abg. Kübler.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 26. Januar. Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag verschiedene Vorträge, auch den des Major von Eichhorn.

Nachmittags ertheilte der Großherzog verschiedenen Personen Audienz und nahm später den Vortrag des Legationssekretärs Freiherrn von Babo entgegen.

Morgen Mittag findet wieder größerer Empfang bei Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin statt, wobei musikalische Produktionen der Gesellschaft dargeboten werden.

(Unter den guten Gelegenheiten zur Versorgung lediger Frauenpersonen oder kinderloser Witwen auf Lebensdauer) findet sich eine noch zu wenig beachtete. Es ist dies die Anstellung im Dienste der Weiberstrafanstalt Bruchsal und einiger größerer Amtsgefäng-

nisse (Mannheim, Freiburg). Die betreffenden Stellen werden (nach gewöhnlich dreijährigem Dienst als Hilfsaufseherin) mit allen Rechten der Angestellten der Civilstaatsverwaltung hinsichtlich Versorgung und Pension verliehen und ist der Gehalt durch ein Normativ geordnet. Derselbe beträgt nach gewissen Abzügen für eine Hilfsaufseherin anfänglich 470 M. und steigt für Aufseherinnen je nach deren Dienstaufgabe bis zu 800 bezw. 960 M., bei Oberaufseherinnen bis zu 1200 M. Hierzu kommen noch nach Umständen Nebenbezüge, insbesondere Remunerationen. Eine gute Verköstigung wird um einen mäßigen Betrag verabreicht.

Die Voraussetzungen zur Erwerbung dieser Stellen sind einfache. Verlangt wird körperliche Gesundheit, Alter nicht über 36 Jahre, regelmäßige Heimathberechtigung in Baden, tabelloser Ruf, Ablegung einer Prüfung in den Elementarkenntnissen und über vollständige Beherrschung der weiblichen Handarbeiten. Eine Vorbereitung, wie sie in tüchtigen Frauenarbeitschulen zu erlangen ist, wird hierin sehr förderlich sein. Nach der erzieherischen Seite beruht die Hauptwirkung einer Aufseherin auf ihrem reinen Charakter und dem guten Vorbild gegenüber den Gefangenen.

Die Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung und der Besitz der Urkunde hierüber hat Bewerberinnen schon öfters auch anderwärts den Eintritt in offene Stellen erleichtert.

Die näheren Bestimmungen über die Prüfung sind im Gesetz- und Verordnungsblatt von 1883 Seite 1 bis 3 zu finden. Sonstige Auskunft wird bereitwillig durch die Großh. Verwaltung des Landesgefängnisses und der Weiberstrafanstalt in Bruchsal erteilt.

Gr. (Mittheilungen aus der Sitzung des Bürgerausschusses) vom 25. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Oberbürgermeister Lauter der beiden verstorbenen Mitglieder des Kollegiums der Stadtverordneten Hemberle und Mosler. Zum ehrenden Gedächtniß an dieselben erheben sich die Mitglieder von ihren Sitzen. Den ersten Gegenstand bildete der Ankauf des Griesbach'schen Anwesens. Der mit Frau Mathilde Sebß Witwe, geb. Griesbach, und Frau Luise Ludwig, geb. Griesbach, seitens des Stadtraths abgeschlossene Vertrag, wonach die Stadtgemeinde das ganze Anwesen für den Preis von 300 000 M. käuflich erwirbt, findet einstimmige Zustimmung.

Ein zweiter Gegenstand der Tagesordnung, Kreditüberschreitung bei dem Bau der Gaswerkshalle, wird, da sich der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums für nicht genügend informiert erklärt, von der Tagesordnung zurückgezogen.

(Im großen Museumsaal) wird am nächsten Samstag den 28. Januar, Abends 7 Uhr, Herr Dr. Hans Meyer aus Leipzig seinen Vortrag halten über Reisen in Ostafrika im Sommer 1887. Die Mitglieder der Vereinigten Deutschen Kolonialgesellschaft, ferner des Geographischen und Naturwissenschaftlichen Vereins, des Alpenvereins, des Alterthumsvereins sowie die Mitglieder des Museums haben freien Zutritt. Auch ist das Vorkommen von Angehörigen und eingekerkerten Gästen erlaubt.

(Großh. Hoftheater.) Für die am Freitag stattfindende Aufführung von Goethe's „Iphigenia auf Tauris“ ist die Neuerrichtung getroffen worden, daß die Altschliffe nicht durch das Fallen des Vorhangs, sondern durch kurze entsprechende Musikstücke bezeichnet werden. Der Anfang der Vorstellung ist auf 7 Uhr anberaumt.

(Baden, 25. Jan. Vortrag. — Chorverein.) Der Großh. Hofkapellmeister Herr Alois Brasch von Karlsruhe erzielte am Montag Abend mit seinem Vortrage über das Thema: „Eine Dichterin auf dem Königsthron“, welchen er im Blumen-saal des Konversationshauses vor einem gewählten Auditorium hielt, einen schönen Erfolg seiner rednerischen Begabung. Die farbenreiche Schilderung des Lebens und des dichterischen Entwicklungsganges der Königin Elisabeth von Rumänien und die trefflich registrierten Bruchstücke aus „Jehovah“ und „Erdens Leidengang“ erweckten bei der Zuhörerschaft lebhaftes Interesse. — In der gestrigen Generalversammlung des Gemischten Chorvereins wurde beschlossen, die Thätigkeit wieder aufzunehmen. Die Proben werden nach Fastnacht begonnen und ist als erstes einzustudirendes Werk das „Märchen von der schönen Melusine“ von Hofmann in Aussicht genommen. Der musikalische Beitrag ist Herrn Musikdirektor Franz Ler übertragen und somit den besten Händen anvertraut. Das hässliche Kurtoilette kommt den Vereinen des Chorvereins in dankenswerthester Weise entgegen. Von den hiesigen musikalischen Kreisen wird die Wiederbelebung des Chorvereins sympathisch begrüßt, weil damit dem musikalischen Leben unserer Stadt ein Element wieder zugeführt wird, welches in den letzten Jahren sehr vermisst worden.

§ 8. Forstheim, 24. Jan. (Vortrag.) Gestern hielt Herr Professor Dr. Gotheim im hiesigen „Kunstgewerbe-Verein“ seinen zweiten, hohes Interesse gewährenden Vortrag über Petrarca und seine Zeitgenossen. Von den letzteren wurde zunächst Giotti, als Maler und Architekt berühmt, angeführt, welcher, wie Dante und Petrarca, in Florenz gegen Ende des 13. Jahrhunderts geboren und mit diesen in Verkehr stand. Als Maler, insbesondere in der Freskomalerei war derselbe bahnbrechend. In gewisser Beziehung war dies auch der Fall in der Architektur, wovon der von Giotti erbaute Glockenturm am Dome in Florenz den Beweis gibt. Vor Allen aber war es Francesco Petrarca, geboren 1304, welcher der betr. Zeit das Gepräge gibt und als der berühmteste lyrische Dichter und zugleich als einer der größten Gelehrten Italiens gilt. Durch seine Bemühungen um das Wiederaufleben (Renaissance) der antiken, der altrömischen Literatur und seine vielfachen, namentlich in lateinischer, zum Theil aber auch in italienischer Sprache gedruckten poetischen und philosophischen Schriften hat er vorbereitend für die Folgezeit gewirkt. Einzelne dieser Werke wurden eingehend behandelt. Dem Charakter nach steht Petrarca minder groß da. Dies beweist u. a. dessen Verhalten gegenüber dem Volkstribunen Rienzi, der, angefeuert durch Petrarca, auch die politische Wiedergeburt Roms, d. h. die Republik, herstellen wollte, bei dessen Fall aber von ihm verlassen wurde. Als Zeitgenosse Petrarca's und mit demselben befreundet wurden dann noch Giovanni Boccaccio, geb. 1313 in Florenz, und dessen vielfältige poetische und prosaische, in italienischer Sprache geschriebene Werke angeführt, von welchen namentlich das berühmte Buch „Decamerone“ (in 10 Tage und jeder in 10 Novellen eingetheilt) vielfach auch in anderen Schriftstellern, so namentlich auch von Shakespeare, benützt wurden.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 26. Jan. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag militärische Meldungen und alsdann einen Vortrag des Generals v. Albedyll entgegen. Nach-

mittags um 2 Uhr unternahm der Kaiser eine Ausfahrt. Abends findet eine Soirée statt, zu der 350 Personen geladen sind, morgen ein Familienbinnen.

Berlin, 26. Jan. Der Reichstag beendigte nach unerheblicher Debatte die zweite Lesung des Heeresetats. Bei der Forderung von 750 000 Mark als erste Rate für den Neubau eines Kadettenhauses in Karlsruhe, deren Bewilligung die Kommission beantragt, sprachen v. Benda und Kropatschke für die Bewilligung, Richter und Windthorst gegen die Position, wobei Windthorst hervorhob, es sei zwar wünschenswerth, daß Kadettenhäuser existirten, aus denen ein Theil der Offiziere entnommen werde, daraus folge aber nicht, daß sämtliche Offiziere den Kadettenhäusern entstammten. Bei den ungeheuren Anforderungen, die nicht abweisbar seien, dürfe man nebenbei nur das Allernothwendigste bewilligen; deshalb könne er nicht für die Forderung stimmen.

Berlin, 26. Jan. In der Reichstagskommission für die Wehrpflichtvorlage theilt der Kriegsminister mit, die Gesamtsumme der Ausgaben, welche durch das neue Gesetz verursacht werde, betrage etwa 280 Millionen Mark. Es handle sich um eine einmalige Ausgabe, welche in der Hauptsache dauernde Ausgaben nicht nach sich ziehen würde, außer der Verzinsung, sowie der Verstärkung des Bureaudienstes und den Erhaltungsausgaben der neu zu errichtenden Gebäude. Die neue Armee würde im Frieden nur auf dem Papier stehen, im Kriege aber Fleisch und Blut werden. Eine Erklärung darüber, daß dies die letzte militärische Forderung sei, könne er nicht abgeben, da er mit einer ähnlichen im Frühjahr abgegebenen Erklärung zu seinem Bedauern kein Glück gehabt habe. Der Minister lehnte es aus militärischen Gründen ab, weitere Details zu geben.

Bei der darauf folgenden zweiten Lesung werden einzelne Paragraphen des Gesetzes mit nur wenigen, nicht sehr erheblichen Änderungen genehmigt. Die Schlußbestimmung ändert den Artikel 59 der Verfassung dahin ab, daß die Wehrpflicht für die Landwehr zweiten Aufgebots bis zur Vollendung des 39. Lebensjahres ausgesprochen wird.

Posen, 26. Jan. Der Sozialistenprozeß gegen Slawinski und Genossen wurde heute beendet. Die Verurtheilung des Urtheils erfolgt nächsten Montag.

Dresden, 26. Jan. (Privattelegramm.) In Krimmichau, Werbau, Glauchau wurde eine größere Anzahl einer aufreizenden sozialdemokratischen Druckschrift verbreitet; der Verbreiter derselben ist in Krimmichau ermittelt worden.

Stuttgart, 26. Jan. (Privattelegramm.) Die Ständekammer ist heute Mittag 12 Uhr eröffnet worden. Der Präsident richtete an die Abgeordneten eine Ansprache, worin er seiner kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen auf das Wärmste gedachte, die Theilnahme des württembergischen Volkes und die Hoffnung auf die Wiedergenehung des Kronprinzen aussprechend.

Paris, 26. Jan. (Privattelegramm.) Der Kassationshof erklärte gestern in einem Spezialfall die Ehen ehemaliger katholischer Geistlichen für gültig.

Paris, 26. Jan. Admiral Julien la Gravière, Graf Haussonville und Jules Claretie wurden zu Akademikern gewählt. — Die „Agence Havas“ meldet aus guter Quelle, daß Flourens ergänzende Berichte von Marie und Teiffere de Vort einforderte. Er werde erst nach deren Eingang entscheiden, ob die Verhandlungen des französisch-italienischen Handelsvertrags wieder aufzunehmen seien. Das Datum der 27. Februar, wovon italienische Blätter sprachen, habe also nur den Werth eines Vorschlags. Es sei auch wahrscheinlich, daß die Verhandlungen, wenn fortgesetzt, in Paris stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harder in Karlsruhe.

### Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

| Januar           | Barom. mm   | Therm. in C. | Nebel. in mm | Relative Feuchtigk. in % | Wind.        | Himmel. |
|------------------|-------------|--------------|--------------|--------------------------|--------------|---------|
| 25. Nachts 9 U.  | 758.6 + 26  | 4.7          | 84           | SW                       | klar bewölkt |         |
| 26. Morgs. 7 U.  | 753.0 + 0.2 | 4.0          | 85           | "                        | bedeckt      |         |
| 26. Mittags 2 U. | 748.2 + 28  | 4.7          | 82           | "                        | "            |         |

\*) Sturm und Schnee. Wasserstand des Rheins. Magau, 26. Jan., Morgs. 3.15 m, gefallen 2 cm.

Ueberblick der Witterung. Ein Maximum von über 744 mm liegt westlich von Großbritannien, Minimums unter 745 mm lagern über der östlichen Nordsee, Norbotten und dem Inneren Russlands. Bei starken, stellenweise stürmischen, südwestlichen Winden ist das Wetter über Deutschland warm, trübe und im Norden regnerisch, nur auf der Strecke Kaiserlautern-Friedrichshafen herrscht leichter Frost. Ueber Russland hat der Frost abgenommen. (Deutsche Seewarte.)

### Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 26. Januar 1888.

| Staatspapiere.                        | Banknoten.                   | Berlin.                     |
|---------------------------------------|------------------------------|-----------------------------|
| 4 1/2% Deutsche Reichs-anleihe 107.68 | Staatsbahn Lombarden 172 1/2 | Deherr. Kreditaktien 129.98 |
| 4 1/2% Preuss. Konfol. 107.10         | Balgier 67 1/2               | Staatsbahn 86.48            |
| 4 1/2% Baden in R. 105.25             | Österr. 155.70               | Gombarden 84.50             |
| 4 1/2% M. 104.60                      | Österr. 121 1/2              | Fiskonto-Rommant. 191.70    |
| Deherr. Goldrente 88.80               | Deff. Ludwigsbahn —          | Quarantäne 91.20            |
| Österr. Silberrente 64.80             | Österr. Büchsen-Band. 154.50 | Marienburg 85.90            |
| 4 1/2% Ungar. Goldrente 78.40         | Gotthard 114.10              | Tendenz: —                  |
| 1877r. Russen 96.10                   | Wesph. und Sorten. —         |                             |
| 1880r. 78.—                           | Wesph. a. Amsterd. 168.95    |                             |
| H. Orientanleihe 52.90                | " London 30.35               | Wien.                       |
| Nalener comptant 84.70                | " Paris 88.57                | Kreditaktien —              |
| Compt. 75.10                          | " Wien 160.68                | Marktten —                  |
| Spanier 67.60                         | Napoleon'sdor 16.18          | Ungarn —                    |
| 5 1/2% Serben 78.40                   | Privatdiskonto 1 1/2         | Tendenz: —                  |
| Kreditaktien 215 1/2                  | Babische Zuckerraffin. 78.—  | Paris.                      |
| Diskonto Kommt. 157.70                | Italien Wechseln. —          | 4 1/2% Anleihe 81.50        |
| Baier. Bankverein 156.50              | Kreditaktien —               | Spanier 87 1/2              |
| Darmstädter Bank 136.80               | Staatsbahn 172 1/2           | Ägypter 877.—               |
| 6 1/2% Serb. Staatsb. 78.80           | Kombanden 67 1/2             | Cittomane 897.—             |
| Liquationen 78.80                     | Tendenz: still.              | Tendenz: —                  |

